

19. Wahlperiode

Dringlicher Antrag

der AfD-Fraktion

Nach den Messerangriffen auf Schülerinnen in Neukölln nicht einfach zur Tagesordnung übergehen – Die Opfer verdienen eine unmittelbare Reaktion

Das Abgeordnetenhaus drückt den beiden Opfern des schrecklichen Messerangriffs vom 3. Mai 2023 an der Evangelischen Schule in Neukölln, ihren Angehörigen und ihren Mitschülern sein Mitgefühl aus.

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, im Rahmen eines Runden Tisches gemeinsam mit Elternvertretern über die Sicherheit an Schulen zu beraten und dem Abgeordnetenhaus zu den Ergebnissen zu berichten. Als Zeichen, dass die Sorgen und Bedürfnisse von Schülerschaft, Elternschaft und Lehrerschaft ernst genommen werden, ist dieses Gesprächsformat so bald wie möglich aufzunehmen.

Der Senat wird aufgefordert, den Notfallordner zu überarbeiten und an die aktuelle Gefährdungslage anzupassen.

Der Senat wird aufgefordert, in Bezug auf schwere Gewalt durch (drogeninduzierte) Psychosen ein Konzept zur Verbesserung der Prävention zu erarbeiten, dem Abgeordnetenhaus vorzulegen und mit entsprechender finanzieller Unterlegung umzusetzen.

Der Senat wird aufgefordert, in Bezug auf Prüfungsleistungen in erforderlicher Weise Härtefallregelungen für betroffene Schüler der Evangelischen Schule in Neukölln zu ermöglichen.

Begründung

An der Evangelischen Schule in Neukölln hat am 3. Mai 2023 ein 38-jähriger Mann auf zwei Mädchen im Alter von sieben und acht Jahren eingestochen. Die beiden Mädchen wurden schwer verletzt, eines befand sich zeitweise in Lebensgefahr. Der Täter, Berhan S., wurde vorläufig in einer psychiatrischen Einrichtung untergebracht. Die Staatsanwaltschaft sieht bei ihm Anhaltspunkte für eine psychische Erkrankung infolge von Drogenkonsum. Etwa 30 Schüler mussten den Messerangriff mitansehen. Schwer bewaffnete Bereitschaftspolizisten mit Maschinenpistolen durchsuchten das Schulgebäude nach einem möglichen Komplizen. Eltern warteten teils mehrere Stunden darauf, dass sie ihre Kinder abholen können. Auch die Erlebnisse nach der Tat hatten traumatisierenden Charakter für die Schüler.

Politiker bekundeten Betroffenheit und Erschütterung. Die Senatsverwaltung sprach von einem unglücklichen Einzelfall, man könne ein Restrisiko nicht ausschließen. Es wurden aber auch Vorschläge eingebracht und konkrete Forderungen erhoben, an die der vorliegende Antrag anknüpft: Der Vorsitzende des Berliner Landeselternausschusses, Norman Heise, appellierte an die Berliner Schulleitungen, ihre Sicherheitskonzepte kritisch zu überprüfen. Hilfestellungen wie der Notfallordner müssten zudem von der Bildungsverwaltung unbedingt aktualisiert werden. Der Landeschef der Gewerkschaft der Polizei, Stephan Weh, zeigte Verständnis für „Forderungen nach mehr Schutz von Schulen“ gibt. Diesem nachvollziehbaren Bedürfnis muss Beachtung geschenkt werden. Es sei „durchaus ein Ansatz, sich gemeinsam mit Elternvertretern an einen Tisch zu setzen und sich über mögliche und auch umsetzbare Optimierungen aus Sicherheitsaspekten auszutauschen“. Zugleich warnte Weh mit Recht davor, Schulen grundsätzlich „zu einem Hochsicherheitstrakt umzubauen“. Dieser Auffassung ist beizupflichten. Der Einsatz von Wachschutz an Schulen sollte die Ausnahme bleiben und auf die Fälle beschränkt bleiben, bei denen einzelne Schulen Erfahrungen mit Störungen und Gewalt gemacht haben.

Der Senat ist aufgerufen, die allgemeine Präventionsarbeit gegen Messerkriminalität zu stärken und in Bezug auf Gewalt durch (drogeninduzierte) Psychosen die Prävention zu verbessern. Messerkriminalität stellt ein verstärktes Problem dar: Im Vergleich zu 2020 ist die Messerkriminalität in Berlin um ein Drittel gestiegen. Im Jahr 2021 wurden insgesamt 2.777 Fälle und im Jahr 2022 3.317 Fälle erfasst, die dem Deliktsbereich „Messerangriff“ zugeschrieben werden (Vgl. Drs. 19/14883).

Akut Psychose-krankte Menschen verüben Studien zufolge häufiger Gewalttaten als die Normalbevölkerung. Studien zeigen ein Zusammenhang zwischen psychischen Störungen und einer erhöhten Delinquenzrate. Bei Psychosen und Suchterkrankungen ist das Gewaltisiko deutlich erhöht, eine adäquate Behandlung kann es aber senken. Dazu gehört aber auch, dass der Senat sich klar gegen Drogenkonsum stellt und die fatalen Folgen von Drogenkonsum in den Blick nimmt.

Berlin, den 9. Mai 2023

Dr. Brinker Gläser Weiß Woldeit Eschricht
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion